

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(23. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2018)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung erweiterte der Ausschuss die Tagesordnung einstimmig um die Behandlung des Antrags in Drucksache 18/2193 als Punkt 9.

1. **Sektorenkopplung fördern - marktwirtschaftliche Instrumente nutzen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2027](#)

Nach der Vorstellung der Grundzüge des Antrags besprach der Ausschuss Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema.

2. **Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2035](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, bis Mitte Februar 2019 hierzu eine Anhörung durchzuführen, und bat die Fraktionen, bis zum Dezember-Plenum die Anzuhörenden nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 zu benennen. Die Fraktion der Grünen kündigte in diesem Zusammenhang an, einen Entschließungsantrag zu diesem Thema vorzulegen.

3. **Der Diesel muss bleiben - Möglichkeiten für die Einführung von GTL schaffen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2034](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema.

4. **Hochmoor Tinner Dose erhalten - Bundeswehr muss Schäden an Umwelt und Klima ausgleichen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2019](#)

Der Ausschuss ließ sich unter Bezugnahme auf vorangegangene Unterrichtungen zu dem Thema „Moorbrand im Landkreis Emsland“ durch die Landesregierung ergänzend unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann begann er mit der Beratung. Ferner besprach er Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn zum Antrag zu unterrichten und dabei auch auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bundestagsdrucksache 19/5829 Bezug zu nehmen.

5. **Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1849](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte hierzu eine Aussprache. Er kam überein, sich zu gegebener Zeit durch die Landesregierung über den Fortgang der Beratung des Entwurfs des Energiesammelgesetzes im Deutschen Bundestag und im Bundesrat unterrichten zu lassen und anschließend die Beratung des Antrags aufzunehmen.

6. **Hochwasser effektiv vorbeugen - Frühwarnsysteme ausbauen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/162](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

In diesem Zusammenhang behandelte der Ausschuss eine Eingabe. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu übersenden.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

7. **Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1392](#)

Der Ausschuss beriet unter Einbeziehung des Antrags der Koalitionsfraktionen in [Drs. 18/2194](#) zum gleichen Themenkomplex abschließend über eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT an den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über das geplante Lagerstättenwasserversenprojekt „Siedenburg Z11“ in der Gemeinde Borstel, Landkreis Diepholz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Resolution zum Erhalt des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese in Goslar**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2193](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zu dem Thema unterrichten, beriet den Antrag und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -